

Der Trick mit dem Lebensstandard

Von der sozialen Demagogie der „Wohlfahrts-Gesellschaft“ zur „formierten Gesellschaft“ des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland

Der Bonner Knüttelstrich lenkte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit einmal mehr auf Westdeutschland. Er wurde schnell offenbar, daß es sich bei diesen Ereignissen nicht um ein Ereignis in und um Parteien und Koalitionen schlechthin, sondern um eine politische und ökonomische Krise des ganzen Systems handelt.

Sehr schnell zeichnete sich in dem Streik um die Stabilität des Bundeshaushalts eine Tendenz ab, die als typische Erscheinungsform der in Westdeutschland bestehenden antagonistischen Klassenverhältnisse bezeichnet werden kann: beide Parteien streben mit unterschiedlichen Mitteln das gleiche Ziel, die intensive Ausplünderung der Werktätigen im Interesse des Staates und der Monopole. An die CDU/CSU fordert Sozialversicherungen — die FDP Kürzung der Sozialleistungen aus dem Bundeshaushalt, beide begründen ihre vollständigen und eindeutigen verstärkten Bemühungen dieselben Ziele mit der demagogischen Behauptung, der Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung habe ein Niveau erreicht, das den ökonomischen Potentialen des Landes vorausliege. Im Entwurf des sogenannten „Stabilitätsgesetzes“ bildet diese Behauptung sogar die Grundlage der nunmehr gesetzlichen Sanktionierung der bekannten Maßhaltungspläne Erhard des „Kanzlers auf Abruf“.

Der Begriff Lebensstandard drückt sich dabei immer mehr an, zum Zeitpunkt eines propagandistischen Tricks zu werden. Auf der einen Seite soll mit ihm der sozialökonomische Inhalt der „formierten Gesellschaft“ konstruiert und der Staatlichen begründet werden — andererseits, als eine der vielen Formen des Antikommunismus, ist er Gegenstand der formalen Gegenüberstellung der sozialen Lage der Bevölkerung beider deutschen Staaten. Dabei hat sich die Praxis eingebürgert, nicht mehr mehrwörtlich „nachzuweisen“, sondern gewissermaßen als Axiom zu behaupten, daß eben der westdeutsche Lebensstandard den der DDR haushoch überlegen sei.

Durch die Ableitung politischer Ökonomie wurde aus diesem Grund in den Lehrplänen ein Kolloquium zum Thema „Wie hoch ist der westdeut-

sche Lebensstandard wirklich?“ aufgenommen. Der vorliegende Artikel soll für dieses Kolloquium die Diskussionsgrundlage sein und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Des weiteren soll hier nur darauf verwiesen werden, daß in der marxistischen Literatur über den Umfang der den Lebensstandard bestimmenden Faktoren und zu seiner Abgrenzung zu dem umfassenderen Begriff der Lage der Arbeiterklasse diskutiert wird.

Der Trick ...

In Theorie und Praxis ist Fakt, daß der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation ständig die Klassengrenzen und den Grundgedanken der kapitalistischen Gesellschaft in Westdeutschland verschärft. Nach wie vor gilt die Marx'sche Erkenntnis, daß mit der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol zugleich eine Akkumulation von Armut und Elend auf dem anderen erfolgt. Die Verelendung der Arbeiterklasse in diesem Sinne ist also eine objektive Tendenz, deren konkrete Erscheinungsformen vielfältiger Natur sind und als Resultate unterschiedlicher Faktoren wirken.

Die Gegner des Marxismus unternehmen den permanenten Versuch, diese Tatsachen unter den heutigen Bedingungen ad absurdum zu führen, indem sie den Begriff Verelendung verabsolutieren und ihm wesensmerkmale unterstellen, die Marx nie behauptet hatte.

Das Elend der Arbeiterklasse besteht im Kapitalismus insbesondere darin, daß sie als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln ihre Arbeitskraft, gemessen an wesentlichen und von ihr abzuhängenden Rechten, unter ständig ungünstigeren Bedingungen verkaufen muß — daß sie politisch rechtlich einen Platz in der Gesellschaft einnimmt, auf dem sie einer zunehmenden Entrechtung ausgesetzt ist — daß sie schließlich das gegenwärtige und künftige Niveau der Bedürfnisbefriedigung nur im härtesten Klassenkampf halten und erreichen kann.

Einer der die Lage der Arbeiterklasse ausdrückenden Faktoren ist ihr jeweiliger Lebensstandard. Dieser besteht im Kapitalismus eine sinkende Tendenz — kann aber in Abhängigkeit von den Schwankungen

der kapitalistischen Produktion und der Wirkksamkeit des Kampfes der Arbeiterklasse zeitweilig steigen oder sinken.

Bezogen auf Westdeutschland bedeutet eben zum Beispiel die Tendenz der absoluten Verelendung keinwegs, daß es der westdeutschen Arbeiterklasse materiell von Tag zu Tag schlechter gehe. Betrachtet man aber den Stand und die Dynamik ihres Lebensstandards im Gegensatz zu den durch die ununterbrochene Entwicklung der Produktivkräfte gegebenen Möglichkeiten und Erfordernisse, so ergibt sich, hervorgerufen durch die bestehenden Eigentums- und Verhältnisse, ein Niveau, das weit vom gestiegenen „Wohlfahrt“ der Gesamtheit der Bevölkerung entfernt ist.

Die Objektivität und innerer Logik der marxistisch-leninistischen Darstellung der Kapitalistischen Lebensstandard und die damit verbundenen sozialökonomischen Konsequenzen zwingen daher die westlichen Ideologen zu einer Vielzahl demagogischer Entstellungen, Verzerrungen und Pseudodefinitionen.

... mit dem Reallohn ...

In allen bürgerlichen Definitionen des Begriffs Lebensstandard drückt sich die Tendenz aus, ihn lediglich auf den Umfang und die Bewegung des Reallohns zu reduzieren.

Weit verbreitet ist die Praxis, zur Illustration des angeblich steigenden Lebensstandards einen Arbeiterumhang vergangener Zeiten mit einem der Gegenwart zu vergleichen und die Konsumtionsgewohnheiten für den „abgebildeten“ Lebensstandard an dem entsprechenden Propaganda-Mittelwertungen und Lagen zu einem demagogischen System zu verbinden, dessen angebliche „Alltagslogik“ leider noch viele offene Ohren und getriebene Augen findet.

Der westdeutsche Prof. Dr. H. Huttenlocher definiert den Begriff Lebensstandard in dem von ihm 1963 herausgegebenen Wirtschaftswörterbuch wie folgt: „Von ihm Preisen hängt es ab, ob der Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten hoch oder niedrig ist. Denn bei hohen Preisen

kann man sich nur wenig für sein Geld kaufen, man hat also einen — schlechten Lebensstandard —. Bei niedrigen Preisen dagegen können sich die Familien viel kaufen, der Wert des Geldes ist hoch und der Lebensstandard ebenfalls.“

Da die anhaltenden Preiserhöhungen nicht geleugnet werden können, werden derartige Definitionen durch die Feststellung ergänzt, daß die Norm der Durchschnitte sozialer Wachstum als die Preise steigen. Gleichzeitig ist man nämlich bemüht zu verschleiern, daß die Arbeiterklasse die höheren Löhne nicht geschenkt bekommt, sondern in Anbetracht der steigenden Preise erst sträflichen muß.

Selbst die offizielle Statistik weist zudem auf die Entwicklung des Reallohns eine rückläufige Tendenz besitzt.

... und mit dem „Wohlfahrt“ ...

Allgemein Anerkennung des Reallohns als alleinigen Kriterium eines hohen oder niedrigen Lebensstandards vorausgesetzt, wird in der bürgerlichen Literatur versucht, diese Kategorie als Zeuge der überwindlichen Klassenessenz zu bezeichnen.

Von hier aus führt dann ein gerader Weg über die „Wohlfahrtsgesellschaft“ zur „formierten Gesellschaft“ Erhard. Als alleiniges Kriterium der durch den Lebensstandard zu unterscheidenden Klassen — die Einkommensverhältnisse dabei zugrunde gelegt — wird in einem neueren westdeutschen Lehrbuch „ein Gesellschaftsmodell konstruiert, das wegen seiner Primordialität einerseits — was seiner Gehörlichkeit andererseits her erwähnt werden soll. Man unterscheidet dort zwischen „wirtschaftlich günstigen und wirtschaftlich ungünstigen Klassen“.

Die „wirtschaftlich günstige Klasse“ wird u. a. folgendermaßen skizziert: „Auf der Stufe des Wohlstandes haben der einzelne und die Familie, wenn auch nur durch Arbeitsvermögen, ihr Auskommen im Umfange eines Bedarfsminimums, welches außer der Befriedigung der Existenzbedürfnisse auch noch die Teilnahme an dem allgemeinen Kulturgüter des Zeitalters gestattet.“

Die Charakterisierung der „wirtschaftlich ungünstigen Klasse“ be-

schränkt dann den darin zusammengefaßten Menschen Verhältnisse ... des Elends, des Mangels oder der Not, bei der in Ermangelung genügender Einkommens und ausreichender Arbeitsunterstützung nicht einmal mehr die unentbehrlichen Existenzbedürfnisse hinreichend befriedigt werden können.“

Aus den in diesen Darlegungen enthaltenen Verdrehungen und sozial völlig unhaltbaren Errechnungen soll zweierlei hervorgehoben werden. Erstens wird von Meinhof praktisch eine Definition des Wohlstandes gegeben. Damit macht er deutlich, welchen Inhalt die so viel gepriesene „Wohlfahrtsgesellschaft“ hat, die als Alternative zur sozialistischen Gesellschaft jeder bürgerliche Ideologie sofort zur Hand hat.

Besagt:

Man reduziere eine objektive zu umfassende Kategorie wie Lebensstandard ausschließlich auf den Grad der Befriedigung des Existenzminimums und überschreibe sie durch numerische Umsätze mit entsprechenden relativ hohen Konsumtionsniveau mit dem wohlklingenden Wort „Wohlfahrt“. So ergibt sich eine klassenlose Gesellschaft, in der lediglich einige wenige über dem allgemeinen Konsumtionsniveau liegen und die darunter befindliche Arbeiterschaft und sozial sind.

Der Wesensgehalt der im „Wohlfahrt“ befindlichen „Klassen“ ist zu dem absichtlich so angefaßt, daß sich möglichst die Mehrheit des Staatsapparats mit ihm identifiziert.

In der gleichen Richtung verläuft das ausschließende „Elend“. Ebenfalls nur auf das Existenzminimum reduziert, ist seine Existenz in Westdeutschland natürlich nicht die typische Erscheinung.

Selbst wenn man jedoch die Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Begriff einbezieht und speigelt damit die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterklasse unter den staatsmonopolistischen Herrschaftsverhältnissen — also ihre Klassenlage — wider, so ist der Nachverhalt für die Tendenz des Verelendungsprozesses in Westdeutschland durchaus gegeben.

... klappt auch bei der „irdischen Pilgerfahrt“

Auf eine scheinbare Inkonsistenz dieser Ideologie der Einengung des Begriffs Lebensstandard, die aber gleichzeitig nichts als eine Kennzeichen staatsmonopolistischer Demagogie ist, soll hier kurz hingewiesen werden. Am 20. Oktober 1963 sprach der damalige Bundesminister für Familien und Jugendangelegenheiten, W. Wenzel, in Marburg vor 230 Delegierten der sogenannten Christlichen Jugendbewegung zum Thema „Lebensstandard — Lebensziel“ und sagte u. a.:

„Ich glaube daran, daß unser Dasein nur irdische Pilgerfahrt (1) ist, zur Vorbereitung und Vorstufe für das eigentliche Leben, das nicht hier, sondern im Jenseits, bei Gott, liegt. Und darum kann ich das Ziel des Lebens immer nur übersichtlich erkennen und bejahen. In diesem Sinne deute ich den Auftrag Gottes — Macht such die Erde untertan.“

Dieses Lebensziel zu erfüllen ist aber vom Lebensstandard völlig un-

abhängig. Der Arme wie der Reichhaltige kann zu Gott kommen und in das Himmelreich eingehen.“

Der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß zu diesem Zeitpunkt, also Ende 1960, das Konsumtionsniveau Westdeutschlands umgekehrt niedriger war als gewöhnlich und die Wirtschaft einer der modernen Teilkrisen ausgesetzt, wobei die industrielle Zuwachsrate von 11,3 Prozent 1960 auf 3,4 Prozent 1963 zurückging. Die bis 1963 anhaltende Hochkonjunktur setzte bekanntlich erst 1963 ein.

Was aber sind die objektiven Faktoren?

Der Lebensstandard ist eine in mehreren Wissensbereichen angewandte Kategorie, die nicht global zur Charakterisierung der Lebenslage der Bevölkerung z. B. eines Landes oder einer Nation allgemein dienen — also klassendifferent sein. Erst mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft setzt die Überwindung der Differenziertheit des Lebensstandards nach der Klassenzugehörigkeit ein. Durch sein ständiges Steigen erfolgt ein gewisser Ausgleich seines Niveaus bei den verschiedenen Klassen und Schichten. Allerdings sollte man sich auch hier vor simplen und vereinfachten Darlegungen hüten.

In der antagonistischen Klassengesellschaft ist der Lebensstandard ein Ausdruck der durch die Klassenzugehörigkeit differenzierten Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen. Das ökonomische Grundgesetz des Kapitalismus — das Mehrwertgesetz — besagt, daß das Hauptziel der kapitalistischen Reproduktion der Profit und das ausschließliche Mittel hierzu die Ausbeutung der Werktätigen, besonders der Arbeiterklasse ist.

Das Streben der Arbeiterklasse in Form der verminderten Macht der Monopole und des Staates gilt demzufolge nicht ausschließlich der ständigen Verdrängung des Profits. Vielmehr richtet sich ihr Hauptziel gegen jegliche demokratische Begrenzung des wirtlich Vollen zur Erleichterung und Verbesserung seiner Lebenslage. Die Gesamtheit der staatsmonopolistischen Maßnahmen zur unbeschränkten Machtansatzung haben ökonomische, politische und soziale Auswirkungen für die arbeitenden Klassen zur Folge, die den Charakter ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen bestimmen.

Die Grundfrage der Eindeutigkeit des Lebensstandards ist, auf welchem dem Entwicklungsstadium der Produktivkräfte entsprechenden Stand der materiellen Produktion sich das jeweilige Land befindet. Das Produktionsniveau setzt also gewisse objektive Maßstäbe zur Charakterisierung des materiellen Lebensstandards.

Genau so liegt die Frage in hochentwickelten Industrieländern — also auch in Westdeutschland — im die materielle Lage der Werktätigen zu beurteilen sind subjektive Prämissen-Vergleiche ebenso unbrauchbar wie z. B. sonstige Gegenüberstellungen zu anderen Ländern. In keiner westdeutschen Quelle findet sich dergleichen eine Begründung für die nachvollziehbare disproportionale Asymmetrie zwischen der Dynamik des Produktionsniveaus und des materiellen Lebensstandards der Arbeiterklasse. Im Gegenteil! Die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse verursachte zyklische Entwicklung und die ihr entsprechenden Wirtschaftskrisen werden benutzt,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Die „Mauerbrecher“ von Chemnitz

Ein Beitrag zu Problemen der II. Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Von Gen. H. Stöbe, Institut für Marxismus-Leninismus

Die II. Hauptperiode umfaßt die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869 und von der Partei Kommune 1871 bis zur Herausbildung des Imperialismus zu Ausgang des Jahrhunderts.

Viele Päden verbindet diese Jahre deutscher Vergangenheit mit der Gegenwart. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die Anfänge des deutschen Imperialismus, der nach dem II. Weltkrieg in Westdeutschland seine Macht mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte wieder restaurieren konnte. Wer denkt nicht angesichts der arbeitfeindlichen und antisozialen Politik rechtssozialdemokratischer SPD-Führer an die opportunistischen Ansichten des lassalleschen „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“.

In dem preußisch-deutschen Militärstaat stand das deutsche Arbeiter ein mächtiger Rivale gegenüber. Um im Klassenkampf erfolgreich zu sein, mußte sich die deutsche Arbeiterklasse die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Kommunismus in immer stärkerem Maße aneignen und anwenden.

Die Chemnitzer Arbeiter haben bei diesen Auseinandersetzungen oftmals eine führende Rolle gespielt, die zu dem ehrenvollen Beinamen „Mauerbrecher“ führte. Im Jahre 1876 hatten die Chemnitzer Arbeiter eindeutig ihre Solidarität mit der französischen Arbeiterklasse bekundet und sich damit von dynastischen Charakter des Deutsch-Französischen Krieges distanzieren. Karl Marx würdigte diese internationalistische patriotische Haltung in der ersten Adresse des Generalkomitees der Internationalen Arbeiter-Assoziation über den Deutsch-Französischen Krieg vom 23. 7. 1879. Es darf uns mit Stolz erfüllen, daß

die deutsche Arbeiterklasse einen großen Anteil zum Erfahrungsschatz der internationalen Arbeiterbewegung beisteuert.

Vorhut der proletarischen Weltbewegung

Nach der Niederlage der Pariser Kommune stand das deutsche Proletariat in der die II. Hauptperiode umfassenden Zeit an der Spitze des proletarischen Kampfes. Dies war u. a. darin begründet, daß die deutsche Arbeiterklasse in der im wesentlichen marxistischen Eisenacher Partei eine starke Führung besaß, die sich bis zum Ausgang des Jahrhunderts zu einer revolutionären Massenpartei entwickelte.

In dem preußisch-deutschen Militärstaat stand das deutsche Arbeiter ein mächtiger Rivale gegenüber. Um im Klassenkampf erfolgreich zu sein, mußte sich die deutsche Arbeiterklasse die Erkenntnisse des wissenschaftlichen Kommunismus in immer stärkerem Maße aneignen und anwenden.

Die Chemnitzer Arbeiter haben bei diesen Auseinandersetzungen oftmals eine führende Rolle gespielt, die zu dem ehrenvollen Beinamen „Mauerbrecher“ führte. Im Jahre 1876 hatten die Chemnitzer Arbeiter eindeutig ihre Solidarität mit der französischen Arbeiterklasse bekundet und sich damit von dynastischen Charakter des Deutsch-Französischen Krieges distanzieren. Karl Marx würdigte diese internationalistische patriotische Haltung in der ersten Adresse des Generalkomitees der Internationalen Arbeiter-Assoziation über den Deutsch-Französischen Krieg vom 23. 7. 1879. Es darf uns mit Stolz erfüllen, daß

das „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ wird auf Seite 319 im Zusammenhang mit den Gründungsarbeiten 1871 bis 73 festgestellt: „Die Zusammenballung der Arbeiter in Industriezentren und Großbetrieben ließ das Bewußtsein der eigenen Kraft des Proletariats erstarken. Die objektiven Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Verwurzelung, die Partei, waren günstiger als je zuvor.“

Diese Tatsache wird durch den Kampf der Arbeiter in dem eben damals großen „Zentralpunkt“ der deutschen Industrie, dem ehemaligen Chemnitz, bestätigt. Im Oktober-November führte sich der große Streik von ca. 6000 Chemnitzer Maschinenbauern, Eisenarbeitern und Modellierern zum 66. Male. Es war eine Arbeitseinstellung, die in der Zeit vom 28. Oktober bis 17. November 1871 nicht nur das damalige Chemnitz in Atem hielt, in ganz Deutschland und selbst im Ausland fand diese Kampfkraft der hitzigen Arbeiter starken Widerstand.

Der Chemnitzer Streik war Teil einer gesamtdeutschen Bewegung um den zehntägigen Arbeitsstopp. Die Streikenden forderten außerdem einen Überstundenzuschlag von 25%. Als „Mauerbrecher“ und „Advokaten“, wie es im Aufbruch des Streikkomitees vom 28. Oktober 1871 hieß, standen die Chemnitzer Metallarbeiter an der Spitze des klassenbewußten deutschen Proletariats.

Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, „Der Volksstaat“, betonte die nationale Bedeutung des Streiks, als es am 1. November 1871 schrieb: „Bedeutend ist der Ausgang des Kampfes in Chemnitz das Schicksal der Zehntägigenbewegung in Deutschland abhängt.“

Ein Erfolg des Chemnitzer Streiks hätte zweifellos den Sieg der Bewegung um den Zehntägigen Tag in ganz Deutschland angebahnt und die gesellschaftliche Stellung der Arbeiterschaft verbessert.

Unser Führung der Partei August Bebel und Wilhelm Liebknecht legten die Chemnitzer Arbeiter mit ihrer Streikentschlossenheit erneut ein Bekenntnis ihres gewachsenen Klassenbewußtseins ab. Sie ließen sich dabei auch nicht von den Unternehmern irritieren, die mit den verächtlichsten Machenschaften versuchten, den Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu verleiern. So hatte u. a. der bekannte Chemnitzer Unternehmer R. Hartmann bei der Umwandlung seines Betriebes in eine AG 1870 für alle reinen Krankenkasse der Maschinenbauer 15 000 Taler überwiesen. Bezeichnenderweise bildeten gerade die 2700 Arbeiter der Sächsischen Maschinenfabrik A-G (vorm. R. Hartmann) den Kern der Streikenden.

Rechtssozialdemokratische Gewerkschaftsführer lachappon heute, einen Kapitalismus, wie ihn seinerst August Bebel bekämpft habe, gäbe es in Westdeutschland nicht mehr. Mit dieser These soll der Klassencharakter des westdeutschen Staates geleugnet und die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes ad absurdum geführt werden. Gewiß geht es heute nicht mehr um die Erklämpfung des Zehntägigen. Eine wissenschaftliche Analyse beweist jedoch eindeutig das Klassen- und Ausbeutungsverhältnis, das die Stellung der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft bestimmt.

Nach statistischen Untersuchungen gab es im Jahre 1963 in Westdeutschland 11 714 Millionen mit einem Ge-

samvermögen von 27,9 Milliarden. Dem standen ein Vermögen von 4,3 Milliarden der ca. 30 Millionen Arbeiter und Angestellten gegenüber. Wie zur Zeit des großen Metallarbeiterstreiks von 1871 in Chemnitz ist auch heute noch in Westdeutschland der größte Teil der Bevölkerung von jeglichem Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen. Die objektiven Grundlagen des proletarischen Klassenkampfes sind in Westdeutschland noch nicht beseitigt.

Revolutionäre Massenpartei — Unterpfand des Sieges

Der Streik der Chemnitzer Metallarbeiter endete mit einer Niederlage. Ihre Kampfentschlossenheit war schärflich gewachsen als ihre Organisation. Sie begannen den Streik, ohne daß die Mittel dafür gesichert waren. Von den ca. 2800 Streikenden waren nur Ausbruch des Streiks höchstens 111 in der Gewerkschaft und ca. 481 politisch in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei organisiert.

Bei aller Rücksichtslosigkeit der Unternehmer den Ausständigen gegenüber war der moralische Erfolg des Streiks unverkennbar. Viele Arbeiter überzeugten sich davon, daß die Sozialdemokraten am konsequentesten ihre Interessen vertreteten. Während der Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins eine abwartende Haltung einnahm, distanzierte sich der unter bürgerlichem Einfluß stehende örtliche Arbeiterverein von der Arbeitsminderung.

In der Zeit der Streikvorbereitung, besonders aber während des Streiks, erkannten viele Arbeiter die Notwendigkeit

(Fortsetzung auf Seite 4)